

Nonnengans | 30.09.2022 | Nr. 246/22

Cornelia Schmachtenberg: TOP 27: Ein großer Schritt in Sachen Gänsemanagement

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Thema Gänsemanagement ist ein zentrales und viel diskutiertes Thema in Schleswig-Holstein und dadurch auch überaus wichtig für dieses Parlament.

In den vergangenen Jahren hat der Bestand der Nonnengänse zugenommen und darüber hinaus hat sich auch die Rastdauer der Tiere hier in Schleswig-Holstein verlängert. Was auf der einen Seite ein großer Erfolg für den Artenschutz ist, ist auf der anderen Seite eine enorm große Belastung für die Landwirtinnen und Landwirte vor Ort. Die Bilder von verkoteten, abgegrasteten Futterflächen kennen alle von uns. Ebenso die verzweifelten Stimmen der Landwirtinnen und Landwirte. Es herrscht vor Ort wirklich ein großer Handlungsbedarf.

Das Gänsemanagement des Landes hat in den letzten Jahren immer wieder auf die zunehmende Anzahl an Nonnengänsen reagiert und Lösungen für die damit einhergehenden Herausforderungen gesucht, bspw. durch Vertragsnaturschutz oder der einfacheren Entnahme von Gelegen.

Allerdings reicht das bisherige noch nicht, um die Konflikte vor Ort zu minimieren.

Aus diesem Grund haben das Umwelt- und Landwirtschaftsministerium gemeinsam einen Brief nach Brüssel geschrieben - mit der Bitte - die Vogelschutzrichtlinie zu ändern und die Nonnengans in den Anhang II zu überführen. Hintergrund ist, dass nach einer langanhaltenden Bestandszunahme nun der günstige Erhaltungszustand erreicht wurde und eine reguläre Bejagung der Nonnengans zur Vermeidung von Schäden – anders als bei anderen Arten – nicht möglich ist.

Diesen Schritt - die Beantragung bei der EU-Kommission - begrüßen wir als CDU ausdrücklich.

Darüber hinaus ist der Antrag und die Feststellung des günstigen Erhaltungszustand auch zum Erhalt des Verständnis von Artenschutz ein wichtiger Schritt. Denn zu erklären, dass die Nonnengans vom Aussterben bedroht ist, während vor Ort

zigtausende hier rasten und landwirtschaftliche Flächen abfressen und verkoten, wird selbst für die die engagiertesten Artenschützerinnen und Artenschützer schwierig.

Und der Erhalt des Verständnis für den Artenschutz ist wichtig.

Auch aus diesem Grund hoffe ich auf eine baldige positive Rückmeldung aus der EU und der damit einhergehenden Ermöglichung der regulären Bejagung.

Und auch wenn dieser Schritt wirklich erheblich ist und aus unserer Sicht auch zu einer Minimierung des Konflikts beitragen wird, ist er nur ein weiterer Schritt von vielen im Gänsemanagement. Es gibt nicht die eine Lösung. Es ersetzt nicht die Entschädigungszahlen oder die Vertragsnaturschutzangebote – es ist eine Ergänzung.

Als weiteren Punkt bitten wir die Landesregierung das Management der landeseigenen Flächen an der Westküste durch Pflege, Beweidung und Mahd – natürlich unter Berücksichtigung der naturschutzrechtlichen Erfordernisse - zu intensivieren.

Das Ziel ist es dabei, dass durch eine andere Bewirtschaftung, durch bspw. Mahdkonzepte oder Beweidung diese Flächen vielleicht doch attraktiver für die Gänse werden und somit eine gewisse Lenkung passiert.

Damit eben nicht die landwirtschaftlichen Flächen leer gefressen und die für die Gänse zugestandenen Flächen verschmätzt werden.

Und ein weiteres Puzzlestück – neben der Bejagung, neben Mahdkonzepten, neben den Entschädigungszahlungen und vielen mehr - ist die noch engere Zusammenarbeit mit Dänemark, den Niederlanden und Niedersachsen in diesem Bereich. Voneinander lernen, miteinander arbeiten und gemeinsame Lösungen schaffen. Das ist wichtig. Denn der Gänse und Artenschutz kennen keine Landesgrenzen, sondern Lösungen müssen ganzheitlich betrachtet werden.

Ich bin überzeugt, dass wir mit diesem Maßnahmenbündel – als Ergänzung zu allen bisherigen Maßnahmen, wirklich einen großen Schritt in Sachen Gänsemanagement schaffen werden und hoffe, dass die Konflikte vor Ort dadurch minimiert werden.